

Antrag 12/II/2023**KDV Friedrichshain-Kreuzberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: Organisationspolitische Kommission,
Statutenkommission (Konsens)****Diskriminierung der AG Selbst Aktiv beenden – gleichberechtigtes Stimmrecht in den Gremien**

1 Den Arbeitsgemeinschaften innerhalb der SPD kommt ei-
 2 ne besondere Rolle zu: Hier wird Expertise gebündelt, es
 3 werden Positionen entwickelt und vorgebracht, sie be-
 4 raten Vorstände sowie Funktions- und Mandatsträger:in-
 5 nen und bilden über ihre thematische Ausrichtung und
 6 als Interessensvertretung ein wichtiges Scharnier zu Bür-
 7 ger:innen sowie in die Zivilgesellschaft. Die Mitbestim-
 8 mungsrechte für die AG sind in Berlin jedoch ungleich ver-
 9 teilt und folgen keinem Muster.

10

11 Von allen Arbeitsgemeinschaften der SPD Berlin, die Men-
 12 schen mit einem Diskriminierungsmerkmal vertreten, ist
 13 die AG Selbst Aktiv die einzige AG, die gemäß den Statuten
 14 der SPD Berlin keine stimmberechtigten Mitglieder in die
 15 Kreisvorstände oder den Landesvorstand entsenden darf.
 16 Die aktuellen Regelungen in der Satzung sind weder in-
 17 haltlich noch organisationspolitisch nachvollziehbar und
 18 die daraus folgende Diskriminierung muss sofort beendet
 19 werden. Wir fordern eine Gleichstellung der AG Selbst Ak-
 20 tiv mit der ASF, der SPDqueer, der AG Migration und Viel-
 21 falt, der AG 60 plus und den Jusos.

22

23 Entsprechende Änderungen in Organisationsstatut,
 24 Wahlordnung und weiteren Regelwerken sollen zeitnah
 25 erfolgen, so dass sie bei den nächsten Parteiwahlen im
 26 Jahr 2024 anwendbar sind. Hier zählen unter anderem
 27 folgende Änderungen:

28 Erstens:

- 29 • 23* der Statuten der SPD Berlin, der die Zusammen-
 30 setzung des Landesvorstands regelt, soll angepasst
 31 und die AG Selbst Aktiv als stimmberechtigtes Mit-
 32 glied des Landesvorstands eingefügt werden:

33 23* Absatz (2) Satz 7 soll zukünftig wie folgt lauten (Einfü-
 34 gung fett, Streichungen durchgestrichen):

35

36 „[...] den von den Landesdelegiertenkonferenzen/**Landes-**
 37 **vollversammlungen** der AG 60 plus, Jusos, AsF, AfA,
 38 SPDqueer und AG Migration und Vielfalt, **der AG Selbst**
 39 **Aktiv** und der AGS nominierten Vertretungen der vorge-
 40 nannten Arbeitsgemeinschaften, die vom Landespartei-
 41 tag in den Landesvorstand gewählt worden sind. Nomi-
 42 niert werden kann nur, wer Mitglied des Geschäftsfüh-
 43 renden Landesvorstandes der jeweiligen Arbeitsgemein-
 44 schaft ist.“

45

46 Zweitens:

- 47 • 23 a* der Statuten der SPD Berlin, der die Zusam-
 48 mensetzung der Kreisvorstände regelt, soll ange-

49 passt und die AG Selbst Aktiv als stimmberechtigtes
50 Mitglied des Kreisvorstandes eingefügt werden:
51 23 a* Absatz (3) Satz 7 soll zukünftig wie folgt lauten (Ein-
52 fügung fett):

53

54 den von den Mitgliederversammlungen der AG 60plus,
55 Jusos, AsF, Afa, AGS, **AG Selbst Aktiv** und AG Migration
56 und Vielfalt nominierten Vertretungen der vorgenannten
57 Arbeitsgemeinschaften, die von der Kreisdelegiertenver-
58 sammlung in den Kreisvorstand gewählt worden sind.
59 Voraussetzung hierfür ist die Existenz eines gewählten
60 Vorstandes der jeweiligen Arbeitsgemeinschaft auf der
61 Ebene des Kreises. Nominiert werden kann nur, wer Mit-
62 glied des Geschäftsführenden Kreisvorstandes der jewei-
63 ligen Arbeitsgemeinschaft ist.

64

65 Eine Anpassung der Richtlinien der AG Selbst Aktiv, insbe-
66 sondere mit Blick auf die Nominierung von Vertreter:in-
67 nen in die entsprechenden Gremien, soll bei Bedarf ent-
68 sprechend folgend.

69

70 **Begründung**

71 Mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG)
72 von 2006 will der Gesetzgeber „Benachteiligungen aus
73 Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft,
74 des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer
75 Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu
76 verhindern oder zu beseitigen.“

77 Zwar erstreckt sich der Anwendungsbereich des AGG
78 nicht direkt auf die Strukturen der Parteien, jedoch muss
79 sich die SPD Berlin fragen, warum alle Arbeitsgemein-
80 schaften, die die Interessen der Menschen mit einem Dis-
81 kriminierungsmerkmal laut AGG vertreten, gleichberech-
82 tigte Mitglieder mit Stimmrecht in den Gremien sind –
83 außer der AG Selbst Aktiv. Das ist ein Diskriminierungs-
84 tatbestand, der nicht den Werten entspricht, den die SPD
85 nach außen vertreten will. Die AG Selbst Aktiv muss da-
86 her die gleichen Möglichkeiten haben wie die AG Migra-
87 tion und Vielfalt, die ASF, AG 60 plus und die Jusos sowie
88 die SPDqueer.